

# Neues Deutschland

10.10.2008 / Wirtschaft/Soziales / Seite 11

## Finanzkrise erfasst auch die Bahn

**Börsengang kurzfristig abgesagt / Privatisierungsgegner befürchten »Verschleudergefahr«**

Von Hans-Gerd Öfinger

**Der Börsengang der Bahn-Transportsparte DB Mobility Logistics AG wurde in letzter Minute gestoppt. Grund: Das Papier bringe an der Börse voraussichtlich zu geringe Erlöse.**



Mehdorn wurde vom Bund ausgebremst.

Foto: dpa

Mit der Verschiebung des für den 27. Oktober vorgesehenen Börsengangs der Bahn-Transportsparte hat der Lenkungsausschuss der Bundesregierung am Donnerstag die Notbremse gezogen. Bei dem Gesprächstermin wollten die Vertreter von Bundesregierung, Bahnmanagement und Banken eigentlich Details des Gangs aufs Parkett besprechen. Nun kam es anders als gedacht.

Der Druck, unter dem sich der Lenkungsausschuss zu einer Verschiebung des Vorhabens genötigt sah, hatte sich in den vergangenen Tagen systematisch aufgebaut. So hatten Politiker aller Parteien, darunter auch Unionspolitiker wie die Verkehrsminister von Sachsen-Anhalt und Hessen, Daehre und Rhiel, vor zu geringen Erlösen aus dem Aktienverkauf gewarnt und sich zumindest für eine vorübergehende Aussetzung des Börsengangs ausgesprochen. CDU/CSU-Fraktionsvize Hans-Peter Friedrich hatte noch am Mittwoch versucht, mit dem Vorschlag der Veräußerung von weniger als den vorgesehenen 24,9 Prozent der DB ML-Aktien, wenigstens den Einstieg in die Teilprivatisierung zu retten. Auch DB-Chef Mehndorn, der nun offenbar von Finanzminister Steinbrück ausgebremst wurde, hatte bis zuletzt am Börsengang festgehalten. Er war offensichtlich bereit, die Aktien um fast jeden Preis zu verkaufen und zum Ende seiner Karriere seinen Lebensraum ohne Rücksicht auf Verluste durchzudrücken.

Es gäbe »kein Geld zu verschenken«, hieß es gestern hingegen im Umfeld des Lenkungsausschusses. Die Angst, sich im Wahljahr für ein Verhökern von öffentlichem Eigentum verantworten zu müssen, steckt auch privatisierungsfreundlichen Koalitionspolitikern in den Knochen. »Staatseigentum darf man nicht verschleudern«, so der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Uwe Beckmeyer. »Wir wollen den Börsengang in diesem Jahr, wir dürfen die Bahn aber nicht verscherbeln«, gab auch der Unions-Haushaltsexperte Steffen Kampeter zu Bedenken.

Auch die Tatsache, dass das Mainzer Solarunternehmen Schott Solar seinen Börsengang kurzfristig absagte, hat den Druck auf Mehndorn erhöht. Selbst die russische Staatsbahn RZD, die als Kaufinteressent für deutsche Bahnaktien im Gespräch ist und für Bahnchef Mehndorn als ein potenzieller »strategischer Partner« gilt, hatte laut Medienberichten erst vor kurzem den eigenen Börsengang verschoben. »Ich werde wertvolle Güter nicht unter Preis verkaufen. Wir sind nicht unter Druck. Ich warte, bis die Märkte besser dastehen,« sagte RZD-Chef Wladimir Jakunin kürzlich.

Unterdessen wies das Anti-Privatisierungsbündnis »Bahn für Alle« darauf hin, dass auch bei einem möglichen Verkaufserlös von über fünf Milliarden Euro »Verschleudergefahr« bestünde. Denn das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beziffere in seiner von der Bundesregierung herausgegebenen Statistik das Bruttoanlagevermögen der Bahn-Transportsparte für 2006 mit 56 Milliarden Euro. Das für den Börsengang vorgesehene Viertel sei demnach 14 Milliarden Euro wert. Daher sei eine Verschiebung des Börsengangs auf frühestens November »vollkommen halbherzig«, heißt es in einer Erklärung des Bündnisses.

Die Bahn dürfe nicht denen in die freie Spekulationsgewalt übergeben werden, die für die schwerste Krise seit 1929 gesorgt hätten. Als Rückgrat eines umweltfreundlichen und sozialen Verkehrssystems müsse die Bahn gegenüber anderen Verkehrsträgern gefördert werden und dürfe weder jetzt noch in Zukunft an der Börse verhökert werden, so »Bahn für Alle«.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/136899.finanzkrise-erfasst-auch-die-bahn.html>